

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Der Bezugspreis wird mit Beginn jeden Monats bekannt gegeben.
Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonstiger wesentlicher Störungen des Betriebes der Zeitung, d. Briefkasten od. d. Vertriebsmittel) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahlung d. Bezugspreises.

Unterhaltungs-



und Anzeigeblatt

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen des Gemeinderates zu Ottendorf-Okrilla.

Mit den Beilagen „Neue Illustrierte“, „Mode und Heim“ und „Der Kobold“.

Belegungen werden an den Erscheinungstagen bis 12 Uhr mittags vor dem Druck der Geschäftsstelle erbeten.
Die Besetzung des Anzeiger-Brettes wird bei eintrübender Kündigung eine Nummer vorher bekanntgegeben.
Jeder Anspruch auf Rückzahlung, wenn der Anzeiger-Vertrag durch Abgang abgemacht wird, wird nicht anerkannt.
Gemeinde-Biro-Konto Nr. 136.

Postcheck-Konto Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck und Verlag Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla.

Gemeinde-Biro-Konto Nr. 136.

Nummer 26

Sonntag, den 1. März 1925

24. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Aug. Ortskrankenkasse Aloische und Umg.

- Der 8. Satzungsantrag, welcher sämtliche Änderungen unserer Kassensatzung enthält, ist nach behördlicher Genehmigung in Druck gelegt worden. Die Arbeitgeber können je ein Druckstück zur Auslegung in ihrem Betriebe bei der nächsten Kassenkassa entnehmen, ebenso steht den Betriebsräten je 1 Stück zu.
- Dienstreuebeitragenden der Zahl- und Meldestelle Ottendorf sind
 - Montags bis Freitags von vorm. 10 Uhr bis mittags 1 Uhr,
 - Sonntags von 1 bis 3 Uhr nachmittags.
 - Sonntags ist geschlossen.
 - Krankengeldzahlung erfolgt nur Sonnabends von 1 bis 3 Uhr.

Wir ersuchen die Arbeitgeber und Versicherten, diese Stunden bei Erledigung von Kassenangelegenheiten unbedingt einzuhalten; die Nebensache hat strikte Befolgung, außerhalb dieser Zeit nichts zu erledigen. Dringliche Krankensachen unterbringungen können nach wie vor telefonisch von den Angehörigen des Kranken oder dem Arzt direkt bei der Kassensache der Kasse beantragt werden.

Aloische, den 27. Februar 1925.

Der Kassenvorstand.
Stelzer, Vorsitzender.

Vertilgung des Sächsischen.

Ottendorf-Okrilla, den 28. Februar 1925.

Sonntag, den 1. März, feiert der hiesige Naturbeobachter sein 25 jähriges Bestehen unter Leitung seines Vorsitzenden Fr. Matthes, welcher den Verein seit der Gründung als Vorsitzender geleitet hat.

Eine Razzia auf Radfahrer fand heute in den städtischen Morgenstunden hier statt. Über 20 Radfahrer wurden namentlich festgenommen.

Dresden. Es dürfte noch erinnern sein, daß vor fast genau Jahresfrist der Streich eines Schwindlers nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland Aufsehen erregte. Der Betrüger hatte damals das Bundesfinanzamt Dresden beiratet zu täuschen verstanden, daß dieses ihm einen Beamten mitgab, in dessen Bekleidung er nicht nur bei einem hiesigen alten Bankhause eine Durchsichtung vornahm, sondern auch einen Angestellten dieses Hauses in Bewahrungshaft nahm. Wie wir bereits berichteten, hat der Schwindler noch mehr dergleichen und andere Betrugsereien verübt. Es gelang aber erst, ihn dingfest zu machen, nachdem der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes eine entsprechende Warnung an seine Mitglieder erlassen hatte. Wegen seiner Straftaten erhielt der Schwindler vier Jahre Gefängnis. Er erlangte aber gleich seine Freiheit wieder und hat Anfang dieses Jahres einen hiesigen Brief von Wien aus an die hiesige Kriminalpolizei geschickt mit der Aufforderung, ihn einmal zu besuchen. Der Schwindler nannte sich damals Altmayer und wurde auch als solcher verhaftet; inzwischen ergaben aber die Nachforschungen, daß es sich wahrscheinlich um einen in Italien Tamborino handelt, der bereits erhebliche Verurteilungen in Wien, Triest, Paris und Lyon erlitten hat, so daß man es mit einem sehr gefährlichen internationalen Bannbrecher zu tun hat. In der letzten Woche hat er in genau von ihm früher angewandter Weise Scheidtruggeraten ausgetübelt und zwar an zwei Stellen in Berlin mit Erfolg, während bei einer Stelle in Hamburg der Versuch mißlang. Als er am Mittwoch in Bernburg in der gleichen Weise vorzugehen wollte, wurde er durch die Initiative des hiesigen Bankhauses, bei dem er damals als fahscher Desfontennotar aufgetreten war, in Haft genommen.

Alsfeld. In Lindenau wurden dem Weinbergbesitzer Benzel in letzter Zeit nach und nach etwa 120 Stück Weinbergsäpfe gestohlen, ohne daß es einmal möglich gewesen wäre, den Spitzhahn dabei abzuholen zu können. Als in der Nacht zum 15. Februar wiederum Säpfe gestohlen worden waren, wurde der Spitzhund aus Weinbergsäpfe geholt und auf die Spur der Diebe angelegt. Der Hund nahm auch die Spur auf, sprang aber eine Mauer, lief durch zwei Weinberge und dann einen Hecken-

Sandberg hinunter nach einem Fußweg und verfolgte dort die Spur bis in das Steuersche Grundstück auf der Forststraße in Roudorf. Bei der daraufhin erfolgten Durchsichtung wurde auch tatsächlich noch ein Teil der gestohlenen Säpfe vorgefunden und konnte dem Bestohlenen wieder zurückgegeben werden. Den größten Teil hatten die Spitzhunden schon zerhackt, zerlegt und als Feuerholz verwendet. Da die Täter selbst eine Wirtschaft und einen Weinberg besitzen und sie die Diebstähle, ohne in Not zu sein, nur aus Gier nach Gewinn ausgeführt haben, wird ihnen wohl auch eine empfindliche Strafe zuerkannt werden.

Borna. Ein Gopthier Einwohner fing in der Wäldchen, zwischen der Brück- und Rumbühl eine ausgewachsene Bismarck. Innerhalb eines Jahres ist dies die zwölfte Bismarck, die er an jener Stelle in einer Falle fing.

Königsfeld. Acht Thurmendorfer Einwohner sind bis zum Sonntag als typhusverdächtig dem Königsfeldersche Stadtkrankenhaus zugeführt worden. Die Verbreitung der Krankheit soll durch Milch geschehen sein.

Reichspräsident Ebert †

Heute früh 10 Uhr 15 Min. ist Reichspräsident Ebert seiner schweren Krankheit erlegen.

Böbau. 200 Jahre alte Getränke sind im Restaurant „zur Sonne“ freigelegt worden. Der jetzige Wirt fand bei Nachforschungen in den Kelleranlagen ein vermautes Gewächs, in dem sich 20 Flaschen Korn aus dem Jahre 1725 von Altisch in Böbau und ein Faß Wein befanden, das dem Tiefendorfer Weinbau entsammt.

Nach den Arbeitern in der Oberlausitzer Zuckerfabrik, Mt.-Gel., in Böbau und in der Georgwerter Filzfabrik (Balentin) sind gestern auch die Steinmehlen und die Hilfsarbeiter der hiesigen Steinmühlereien wegen Lohnbesserungen in den Ausstand getreten. Wahrscheinlich wird sich der Streik auf die gesamte Oberlausitz ausdehnen.

Glauchau. In Hohndorf wird seit Sonntagmorgen bis 14 Jahre alte Tochter des Bergmanns Winter, Elisabeth Winter, vermisst. Das Mädchen wurde auf Bahnhof St. Egidien mit einer fremden Frauensperson gesehen es liegt die Vermutung nahe daß das Mädchen verschleppt worden ist.

Hohenstein-Ernstthal. Der kürzlich in der Tschechoslowakei verhaftete Kommunist Franz Jehl aus dem Hattengrund, der wegen des bekannten Bombattentats hiedrücklich gesucht wurde, ist nunmehr ausgeliefert und der Staatsanwaltschaft Zwida übergeben worden.

Lichtenfeld-Gaßberg. In letzter Zeit wurde öfter aus dem Erzgebirge und der hiesigen Umgegend von geheimnisvollen Kraftwagen berichtet, die junge Mädchen zwangsweise mit fortgeführt haben sollten, ohne daß es der Kriminalpolizei gelungen wäre, nicht in eine einzige dieser Meldungen zu bringen. Auch ein hiesiges 16 jähriges Dienstmädchen behauptete dieser Tage, in Gegenwart auf dem Johannisplatz in ein fremdes Automobil gezogen worden zu sein, in dem sich bereits ein bewußtloses Mädchen befunden habe. Auch sie habe betäubt werden sollen, doch sich so energisch gewehrt, daß man sie schließlich im Walde aus dem Kraftwagen geworfen habe. Die Chemnitzer Kriminalpolizei ging sofort energisch dieser Spur nach, konnte aber einwandfrei feststellen, daß das Mädchen das ganze Erlebnis erlitten hatte, nur sich bei ihrem Vater wegen eines längerem Ausbleibens reinwaschen zu können. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß auch die übrigen ähnlichen Schauerlebnisse die gleiche Aufklärung finden werden.

Autoverbindung Ottendorf-Okrilla-Radeberg.

Biel und bereit sind die Klagen darüber, daß die Verbindung mit Radeberg äußerst ungünstig sind. Ottendorf-Okrilla ist amtlich (Präzambant, Amtsgericht etc.), wirtschaftlich, (Fabriken), schulisch, (Realschule, Realgymnasium) und verwandtschaftlich mit der Stadtgemeinde Radeberg und den Einwohnern verbunden. Ein dringendes Bedürfnis scheint es zu sein, daß eine außerschnelle, gute und billige Verbindung geschaffen werde. Diesem Verlangen Rechnung zu tragen, beschloß die Vertreter der Dorfgemeinden in ihrer letzten Sitzung. Ge-

plant ist eine Autoverbindung Großsachsen-Radeberg-Ottendorf-Okrilla-Radeberg-Stolpen-Schnitz. Zunächst interessiert die Gemeinde Ottendorf-Okrilla die Herstellung der Verbindung Ottendorf-Okrilla-Radeberg. Die staatliche Kraftwagen-Gesellschaft hat sich bereit erklärt, die Verbindung der beiden Orte zu übernehmen. Voraussetzung ist, daß geeignete Benutzer des Kraftwagens vorhanden sind. Die Gesellschaft fordert von der Gemeinde eine Garantiesumme von 1 Mark pro Kilometer, also eine Durchschnittsbefragung von 14 Personen. Eine Fahrt nach Radeberg würde dann ungefähr 70-80 Pfennige kosten. Ermäßigungen für Schüler, Arbeiter, Angestellte und solche Personen, die regelmäßig das Auto benutzen, werden beantragt werden.

Die Fahrt dauert ca. 30 bis 35 Minuten sein. Um nun weitere Schritte unternehmen zu können, werden alle Interessenten ersucht, bis 6. März im Rathaus oder beim Vorsitzenden des Bezirksauschusses Kantor Beger zu melden, 1.) wer täglich das Auto benutzt, 2.) wer an bestimmten Tagen der Woche regelmäßig mit dem Auto fahren würde. Die Bäter, die ihre Kinder nach Radeberg in die Realschule bzw. Realgymnasium schicken, die Arbeiter und Arbeiterinnen, die in Radeberg bauende Arbeit haben, die Angestellten, Reisenden Geschäftsleute, etc. die in Radeberg regelmäßig zu tun haben, werden besonders aufmerksam gemacht. Sollte die Meldung ein recht mageres Ergebnis liefern, wäre der Stab über eine sehr günstige und billige Verbindung mit Radeberg gebrochen.

Die Schuldenpolitik der Weltmächte.

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.
Man wird nicht fehlgehen, wenn man behauptet, daß die Frage der internationalen Verschuldung im Jahre 1925 einen hervorragenden Einfluß auf die Politik der Weltmächte ausüben wird. Im Jahre 1921 und 1922 ließ die damalige britische Regierung (das Kabinett Lloyd George) durchblicken, daß England auf einen Teil seiner Schuldverbindungen gegenüber den europäischen Verbündeten verzichten würde, wenn diese Verbündeten im gleichen Ausmaß Deutschland Entgegenkommen erweisen würden. Bald darauf hat der damalige britische Schatzkanzler Baldwin, der heutige Ministerpräsident, mit Amerika ein Abkommen getroffen, demzufolge Englands Schulden bei Amerika nach einem festen Plan verzinnt und getilgt werden sollen. Jetzt läßt das britische Kabinett Baldwin mitteilen, daß die Verständigung zwischen England und Amerika die Möglichkeit ausgeschlossen habe, daß England seinen europäischen Verbündeten einen Teil der Schulden erlassen könnte.
Wir Deutschen haben es erfahren, daß unsere Schuldenverbindungen gegenüber den Alliierten immer wieder den Anlaß zu politischen Vergewaltigungen gegeben haben. Darum wurde von der Reichsregierung im letzten Jahre die Außenpolitik unter die Parole gestellt: Durch Opfer zur Freiheit. Die Abtragung unserer Schuldenverbindungen oder doch wenigstens die Einziehung der gegnerischen Ansprüche in einen festen Zahlungsplan sollte den alliierten Staatsmännern die Vorwände nehmen, unter denen bisher immer wieder Unrecht gegen uns verübt wurde. England und Amerika haben sich augenscheinlich verständigt, ihre Gläubigerpolitik gegenüber den europäischen Schuldnerländern nach gemeinsamen Grundätzen zu treiben. Ein wichtiger Grund, der uns die Gewalttaten der Alliierten hinnehmen ließ, fällt allerdings bei den politischen Beziehungen zwischen den anglosächsischen Mächten und ihren europäischen Alliierten fort: Frankreich, Belgien und Italien sind nicht wehrlos und können den Wünschen und Forderungen ihrer Gläubiger gegebenenfalls auch trotzen. Wohl aber werden England und Amerika als Gläubiger der meisten europäischen Völker immer die Möglichkeit haben, sich in Konflikte einzumischen, wenn sie das in ihrem Interesse tun zu müssen glauben. Das wird sich auch nicht ändern, wenn es gelingen sollte, ein Verständigung zwischen den anglosächsischen Gläubigerstaaten und den kontinental-europäischen Schuldnerstaaten herbeizuführen. Denn solange nicht der letzte Dollar und das letzte Pfund Sterling von der Kriegsschuld zurückgezahlt sind, werden die Gläubigerländer aus wirtschaftlicher oder vorgerichtlicher Sorge um ihr Geld in alle Angelegenheiten einschalten können, welche ihre europäischen Schuldnerländer betreffen.

Kirchennachrichten.

Sonntag, den 28. Februar 1925.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
Vorm. halb 11 Uhr Kindergottesdienst.
Zurendereinegung fällt aus.

Hierzu eine Beilage.



Wirtschaftliche Einigung mit Frankreich.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen haben jetzt zu einer weitgehenden Einigung zwischen der deutschen und der französischen Regierung geführt. Es läßt sich voraussehen, daß es schon in verhältnismäßig kurzer Frist zu einem Abkommen über die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen kommen wird, das eine wirtschaftliche Annäherung unter den beiden Ländern herbeiführen dürfte. Diese Tatsache muß jetzt vor allen Dingen im Auge behalten werden; da unter dem ungelösten Zustand der Wirtschaftsbeziehungen auch die politische Lage wesentlich verschlechtert worden war. Wenn jetzt eine wirtschaftliche Annäherung eintreten sollte, so wird auch politisch eine begünstigte Wendung eintreten müssen, denn seit Monaten hat man in den deutschen diplomatischen Kreisen beobachten können, daß die wirtschaftlichen Unstimmigkeiten außerordentlich stark auf die politische Lage gedrückt hatten.

Auf der Londoner Konferenz hatte die französische Regierung Herriot durchblicken lassen, daß Frankreich nur dann in der Räumungsfrage Zugeständnisse machen könne, wenn Deutschland einen Handelsvertrag mit der französischen Regierung abschließt. Selbstverständlich ließ sich diese Bedingung Frankreichs in London nicht durchsetzen, aber man hat in den deutschen politischen Kreisen von vornherein den Eindruck gehabt, daß die französische Regierung zuerst den Handelsvertrag haben wollte, ehe sie irgendwelche Bindungen in der Räumungsfrage einging.

Bei den wirtschaftlichen Verhandlungen sind irgendwelche politischen Gesichtspunkte von beiden Seiten sorgsam ausgeschlossen worden. Die beiden Wirtschaftsdelegationen waren auch garnicht für politische Fragen zuständig und haben sich daher lediglich über rein wirtschaftstechnische Probleme auseinandergesetzt. Je weniger aber die Wirtschaftsdelegierten selbst die Politik zu beeinflussen suchten, umso mehr waren die Diplomaten des Quai d'Orsay bemüht, einen

politischen Druck auszuüben, um den Gang der Wirtschaftsverhandlungen zu beschleunigen. Man versichert jedoch an amtlichen Stellen, daß Berlin standgehalten hat, und daß trotz des politischen Druckes die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands bei den Verhandlungen gewahrt worden sind.

Staatssekretär Trendelenburg hat dem Vorsitzenden der französischen Wirtschaftsdelegation, Handelsminister Kennaldi, eine Note überreicht, in der der deutsche Standpunkt zu der Frage des provisorischen Handelsvertrages niedergelegt ist. Die deutsche Regierung erklärt sich darin bereit, ein solches Provisorium unter gewissen Bedingungen abzuschließen. Handelsminister Kennaldi hat sich eine zweiwöchentliche Vorbehaltezeit vorbehalten und wird in einer Zusammenkunft der beiden Delegationen am Sonnabend die Entscheidung der französischen Regierung mitteilen. In dieser Sitzung wird ein Protokoll unterzeichnet werden oder ein Notenwechsel stattfinden, der gegebenenfalls dem Abschluß eines Vorvertrages gleichkommen würde. Handelsminister Kennaldi hat keinen Zweifel darin gelassen, daß er persönlich die deutschen Vorschläge für den provisorischen Vertrag anzunehmen bereit sei. Das Provisorium wird ein Jahr Geltung haben. Nach einer Uebergangszeit wird der endgültige Vertrag in Kraft treten. Hierdurch soll der französischen Regierung Gelegenheit gegeben werden, ihre Zollgesetzgebung zu revidieren. Die wichtigste Bestimmung des Provisoriums ist, daß sich

die französische Regierung schon jetzt verpflichtet, Deutschland im endgültigen Vertrag die Meistbegünstigung einzuräumen.

Staatssekretär Trendelenburg wird am Sonntag abend nach Berlin zurückkehren und Unterhändler zur weiteren Beratung der einzelnen Fragen in Paris zurücklassen.

Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 26. Februar 1925.

In der heutigen Sitzung werden zunächst mehrere kurze Anfragen erledigt. U. a. liegt vor eine Anfrage der Deutschnationalen Volkspartei, ob dem Amtshauptmann Müller in Jwaikau die Genehmigung erteilt worden sei, in das Handelsgeschäft Firma Seibert & Co. (Druck und Verlag des „Sächsischen Volksblattes“) einzutreten. Ein Regierungsvertreter antwortet, Müller habe die erforderliche Genehmigung angezucht. Das Gesuch liege dem Gesamtministerium zur Entscheidung vor.

Die Demokraten fragen durch Abg. Käßner an, ob der Regierung bekannt sei, daß die Verwaltung der Reichseisenbahn auf den großen sächsischen Bahnhofen Läden aller Art errichtet und ihnen gestattet, über die normale Ladenschleuse offen zu halten. Hierzu weist Abg. Ziller (Dösch.) darauf hin, daß dem Staate bei seinen Abschlüssen auf Glühlampen ein Nachlass von 40 Prozent gewährt werde, die an die Beamten zum gleichen Preise abgegeben würden. Ministerialdirektor Dr. Hedrich: Der dem Staate gewährte Rabatt von 40 Prozent entspreche bei Abschlüssen von solchen Umlängen den üblichen Sätzen. Die Verwaltung werde es nicht mehr zulassen, daß sich die Beamten während ihrer Dienstzeit mit dem Vertriebe von Waren befassen.

Es findet hierauf die Wahl des auf Antrag Blücher beschlossenen Untersuchungsausschusses in Sachen Barinat statt. In den Ausschuss werden berufen Abg. Schurig (Soz.), Hagen (Soz.), Berger (Soz.), Wetke (Soz.), Graupe (Soz.), Lippe (D. Vp.), Bed (D. Vp.), Beutler (Dösch.), Dr. Edardt (Dösch.), Dr. Käßner (Dem.) und Siwert (Kom.). Demselben Ausschuss wird auch der kommunistische Antrag wegen Abberufung des sächsischen Gesandten in Berlin Dr. Gradnauer überwiesen.

Abg. Dr. Käßner (Dem.) begründet seinen Antrag auf Änderung der Gewerbeordnung in bezug auf die Unterstellung der in Bahnhofsgebäuden und auf dem Bahngelände untergebrachten Verkaufsständen. Er beantragt, die Reichsregierung zu veranlassen, baldigst einen Gesetzentwurf zur Änderung der Gewerbeordnung vorzulegen, durch den die in den Bahnhofsgebäuden und auf dem Bahngelände untergebrachten Verkaufsstände grundsätzlich in die Bestimmungen über Sonntagsruhe und Ladenschluß einbezogen werden. Oberregierungsrat Dr. v. Buch: Es steht fest, daß seitens der Reichsbahnverwaltung Verkaufsstellen in den Bahnhöfen weit über das Reichsbedürfnis hinaus errichtet worden sind, so daß der Verkehr auf manchen sächsischen Bahnen durch die Verkaufsstellen statt gefördert, eher gehemmt wird. Das Wirtschaftsministerium habe versucht, die Angelegenheit auf nützlichem Wege zu regeln, aber ohne Erfolg. Die sächsische Regierung habe nunmehr beim Reichsrat beantragt, daß die Gewerbeordnung auf Anwendung finde auf Betriebe, die nicht der Beförderung von Personen und Gütern dienen, aber auf dem Gelände von Eisenbahnunternehmungen gelegen sind. Mit den übrigen Ländern sei die sächsische Regierung in Verbindung getreten, damit sie von diesen Unterstützung finde. Der Antrag wird an den Haushaltsausschuss verwiesen.

Weiter stehen zur zweiten Beratung Anträge des Abg. Berk (Kom.) auf Wiedereinstellung des Betriebsrates und die Erhaltung des Achtsunddenzigtages beim staatlichen Braunkohlenwerke Böhlen und auf Wiedereinstellung der gemästigten Bergarbeiter beim staatlichen Steinkohlenwerk Jaudersdorf. Abg. Dr. Edardt (Dösch.) und Abg. Langhorst (Soz.) erhalten Bericht und beantragen namens der Mehrheit des Ausschusses, die Anträge abzulehnen, der Direktion der Aktiengesellschaft Sächsische Werke anheimzustellen, den entlassenen Arbeitern gegenüber die Wahrung wohlwollender Rechte weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen und sie bei Neueinstellungen zuerst zu berücksichtigen. — Abg. Lieberich (Kom.) tritt für den Minderheitsantrag ein, die gemästigten Arbeiter wieder einzustellen und ihnen für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit den vollen durchschnittlichen Verdienst eines gleichwertigen Arbeiters als Entschädigung auszusahlen. Vizepräsident Dr. Edardt (Dösch.) meint, die Leute müßten die Folgen ihrer Arbeitsverweigerung tragen. Sie müßten sich dafür bei den Kommunisten, die sie verheßt hätten, bedanken. Mit dem zweiten Teil des Ausschussantrages werde man dem Staate wohl auch den sächsischen Werken einen schlechten Dienst erweisen. Es sei eine falsch angedachte Sentimentalität, den sächsischen Werken die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter „anheimzustellen“. — Die kommunistischen Minderheitsanträge werden abgelehnt, während die Mehrheitsanträge des Ausschusses gegen die Stimmen der Kommunisten Annahme finden.

Schließlich werden in zweiter Beratung der Antrag Claus (Dem.), betr. Maßnahmen gegen den drohenden Lehrereinsturz an den Volks- und Berufsschulen, und der Antrag Siebert (Dösch.), betr. die Schulsfragen betr., verhandelt. Nach kurzer Aussprache werden die Anträge in teilweiser Abänderung angenommen. Es wird u. a. bestimmt, die Höchstzahl der Lehrer vom 45. Lebensjahre ab um 2 Prozent den wöchentlich zu ermäßigen; die Ueberstunden im Volks-, Fortbildungs- und Hilfsschulwesen durch Schließung neuer Lehrstellen soweit als möglich zu beseitigen; die Einrichtung von Sonderunterricht für Schwereerziehbare und von Nachhilfeunterricht in Hilfsklassen und Hilfsschulen für Schwachbegabte möglich zu fördern, vom 5. Schuljahre ab Begabtenklassen einzurichten und diese, wo ein Bedürfnis vorliegt, in den 9. und 10. Schuljahr überzuführen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 5. März, nachmittags 1 Uhr.

Das ernste Befinden des Reichspräsidenten.

Die behandelnden Aerzte geben über das Befinden des Reichspräsidenten folgenden Bericht an:

Der Reichspräsident erkrankte am Mittag des 23. Februar ganz plötzlich an einer schweren Blinddarmentzündung, die bis nachts eine Operation nötig machte. Trotz der bald nach der Erkrankung vorgenommenen Operation war der Wurmfortsatz des Blinddarmes brandig in die Bauchhöhle durchgebrochen, so daß eine allgemeine Bauchfellentzündung vorlag. Der Verlauf war bis gestern zufriedenstellend. Wie gewöhnlich, am dritten Tage nach der Erkrankung, setzte heute nacht eine Verschlimmerung der Bauchfellentzündung ein, so daß der Reichspräsident eine unruhige Nacht verbrachte. Heute morgen ist das Befinden besser, doch ist der Zustand des Reichspräsidenten sehr ernst.

Erscheinliche Besserung.

Die Verschlimmerung im Befinden des Reichspräsidenten Ebert hat in den politischen Kreisen erste Besorgnisse hervorgerufen. Wie wir hören, hält man es in den parlamentarischen Kreisen für notwendig, daß nunmehr auf schnellstem Wege die gesetzliche Regelung der Vertretung des Reichspräsidenten auf längere Zeit hinaus getroffen wird. Eine Beschleunigung der Neuwahl des Reichspräsidenten, die im ersten Augenblick ratsam erschienen war, kommt jetzt nicht mehr in Frage. Vielmehr soll die gesetzliche Grundlage dadurch geschaffen werden, daß Reichskanzler Dr. Luther auch auf längere Zeit hinaus die Vertretung des Reichspräsidenten übernehmen kann.

Die Besserung scheint glücklicherweise anzuhalten, denn gestern nachmittag wurde uns aus Berlin gemeldet:

„Die letzten Nachrichten der Blätter vom Krankenlager des Reichspräsidenten belagen, daß die am Vormittag eingetretene leichte Besserung weiter anhält. Das Fieber hat etwas nachgelassen. In der dritten Nachmittagsstunde ist der Kranke in leichten Schlaf versunken. Die behandelnden Aerzte werden abends 6 Uhr zu einem Konzilium zusammenzutreten, um festzustellen, ob der Reichspräsident die Krise überstanden hat. Das nächste amtliche Bulletin wird erst nach dieser Beratung ausgegeben werden.“

Wie die „Zeit“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, war gestern abend 11,30 Uhr das Befinden des Reichspräsidenten Ebert erheblich gebessert. Der Puls war normal, Fieber nicht vorhanden. Lebensgefahr besteht nicht mehr.

Der Notschrei des Saargebietes.

Die gesamte Presse des Saargebietes veröffentlicht einen Wirtschaftsbericht, der die katastrophale Auswirkung der Zollabschnürung auf das saarländische Wirtschaftsleben behandelt. Der erste Abschnitt des Berichtes spricht von der saarländischen Ausfuhr nach dem Deutschen Reich und besagt, daß die Verhältnisse in der Schwerindustrie mit unerträglichem Zwangsläufigkeit einer Krise entgegenstehen. Die deutschen Austräge bleiben nahezu vollkommen aus und die Ausrückung nennenswerter Aufträge auf dem französischen Markt sei wegen des Ueberangebots lothringischen Materials unmöglich. Da die Hütten immer noch auf eine baldige Regelung der Zollfrage hoffen, scheuen sie einstweilen noch vor dem letzten und äußersten Mittel, der Betriebsstilllegung zuzugreifen. In kürzester Frist würden Betriebseinstellungen und weiterhin Stilllegungen unvermeidlich sein, so daß 35000 deutsche Hüttenarbeiter der Ar-

beitslosigkeit, der Not und der Verelendung, anheimfallen. In den übrigen Industrien, so in der Keramikindustrie, der Glasindustrie würden sich ähnliche trostlose Bilder ergeben. Eine Reihe von Betrieben der Eisenindustrie, die ausschließlich für den deutschen Markt eingestellt sind, könnten ebenfalls infolge der untragbaren Zölle seit dem 10. Januar nichts mehr nach Deutschland abfahren. Im zweiten Teil des Berichtes wird die Frage der Einfuhr in das Saargebiet behandelt. Es macht sich bereits ein Mangel an Erzeugnissen der Maschinen- und elektrotechnischen Industrie bemerkbar. Ein Ersatz durch französische Fabrikate sei nicht möglich, weil auf diesem Gebiete Frankreich bisher überhaupt nichts produziert hat oder weil die Erzeugnisse zu schlecht seien. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß Handel- und Industrie mit größter Besorgnis in die Zukunft blicken. Die Lebenshaltung der Saarbewohner wird weiterhin verteuert durch die Tatsache, daß die meisten Lebensmittel und Genussmittel, die Frankreich in gleicher Güte nicht zu liefern in der Lage ist, nach wie vor aus Deutschland bezogen werden müssen. Der Zwangsverkauf der Auktionskäufe des Saargebietes weiß mit allem Nachdruck darauf hin, daß eine besondere Einfuhrfreiheit für deutsche Medikamente gestattet werden müsse.

40 Jahre Deutsch-Ostafrika.

Zum 27. Februar.

Vier Jahrzehnte sind am 27. Februar vergangen, seit der Erwerb unserer größten und zukunftsreichsten Kolonie durch die Ausfertigung des kaiserlichen Schutzbriefes für die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft vollzogen wurde.

In Berlin tagte in den Monaten Januar und Februar 1885 die auf Bismarcks Einladung zusammengetretene Internationale Westafrika-Konferenz, die auf kolonialen Gebiete etwa das bedeutete, was der Berliner Kongreß von 1878 für die Ballanpolitik war. Am 26. Februar wurde als wichtigstes Ergebnis der Verhandlungen die Berliner Kongokonkordate unterzeichnet, womit der „Unabhängige Kongostaat“ ins Leben trat. Wenige Wochen vorher war im Wüten des Mahdianjantes Chertum gefallen und Gordon ermordet worden. Diese Katastrophe, deren Nachricht am 10. Februar in Europa eintraf, verleiht der englischen Sudanpolitik einen schweren Schlag und legte sie für mehr als ein Jahrzehnt lahm. Am 6. Februar jenes Jahres war der Geschäftsführer des Vereins für deutsche Kolonisation, Dr. Carl Peters, von einer Afrika-reise zurückkehrend, in Berlin eingetroffen, um den kaiserlichen Schutzbrief für seine Vertragsgebiete in Usagata und anderen Eingeborenen-Sultanaten nachzusuchen. Der Schutzbrief wurde am Tage nach Schluß der Westafrikanischen Konferenz vom alten Kaiser und seinem Kanzler unterzeichnet, und damit war Deutsch-Ostafrika entstanden obgleich die Verwaltung des Schutzgebietes erst 1890 von der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft auf das Reich überging.

Was Deutschlands Mitarbeit an der wissenschaftlichen Erforschung Afrikas an der wirtschaftlichen und sanitären Entwicklung, an der Missions- und anderer Kulturarbeit bedeutet hat, wissen auch unsere Gegner. So gar ihre amtlichen Dokumente zeugen dafür. Insofern kann die Erinnerung an den Erwerb unserer zukunftsreichsten Kolonie nicht mit Ueberhebungen der Gefühl von Stolz und Trauer abgeschlossen sein. Der Erinnerungstag legt uns die Pflicht der Aktivität und der Vorarbeit für kolonialen Wiedererwerb auf. Dahin gehört in erster Linie der entschiedene Kampf gegen die koloniale Schuldlüge. Daneben muß unsere Aufgabe sein, daß ohne Wiederherstellung des kolonialen Gleichgewichts, ohne Verfügung über eigene koloniale Rohstoffgebiete eine weltwirtschaftliche Gesundung von Dauer unmöglich ist.

Kurze Mitteilungen.

Die Besatzungsbehörden haben für den Sonntag der im Weltkrieg Gefallenen am 1. März die Feiern unter freiem Himmel, alle Umzüge und das Besetzen der Säule verboten.

Der Pariser „Temps“ meldet, der Kriegsminister ordnete an, daß die Besatzung in Deutschland durch vier weitere Kompanien ab 1. März verstärkt werde.

Die „Voss. Ztg.“ meldet: Gestern Abend ist Herr Epitoni, bisher Legationssekretär der siamesischen Gesandtschaft in Kopenhagen, in Berlin angekommen und wird als Geschäftsträger die Leitung der siamesischen Gesandtschaft in Berlin übernehmen.

Nach Moskauer Meldungen wird Anfang März in Konstantinopel eine russisch-türkische Wirtschaftskonferenz zusammengetreten, um sich mit Fragen des Warenverkehrs zwischen den beiden Ländern zu befassen.

Aus Saarbrücken wird gemeldet: Die französische Bergwerksdirektion hat unter Bezugnahme auf die Vermaufbesetzung der Saarbergleute eine Erhöhung der Kohlenpreise vorgenommen, die sich für die Nachbarstädte der Gruben auf 5 Francs und für den Pariser Bezirk auf 3 Francs pro Tonne beläuft.

Die Forderungen der englischen Eisenbahner sind abgelehnt worden. Das Präsidium der Eisenbahnergewerkschaften wird über den Antrag auf Proklamierung des Generalstreiks beraten.

Infolge schlechter Ernte in der Ukraine ist mit großer Hungersnot in den Gebieten zu rechnen, die früher als Kornkammer Rußlands bezeichnet wurden.

Der Expatriarch von Konstantinopel hat sich entschlossen, um den Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland beizulegen, seine Würde niederzulegen.

Der Finanzausgleich.

Der Reichsfinanzminister hat auf der Tagung der Finanzminister der Länder angekündigt, daß nicht nur eine andere Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer zwischen Reich und Ländern erfolgen, sondern auch das Zuschlagsrecht der Gemeinden wieder eingeführt werden solle. Grundsätzlich bedeutet das die Aufrechterhaltung des bisherigen Finanzausgleichs. Vor dem Krieg war das Reich hinsichtlich seiner Einnahmen vornehmlich auf die Zölle angewiesen, wozu noch eine Reihe von Zuschlägen und andere Reichsteuern kamen. Der Wehrbeitrag, der so eine nicht unbeträchtliche Rolle spielte, wurde erstmalig im Jahre 1913 erhoben. Sofern das Reich mit eigenen Einnahmen nicht auskam, konnte es den Zuschlagssatz auf dem Wege der Ratifikationsbeiträge oder in besonderen Fällen durch Anleihen decken. Den Ländern war vor allem der Ertrag aus den direkten Steuern überlassen. Aber nicht nur die Länder, auch die Gemeinden verfügten über ein Maß finanzieller Selbständigkeit, das Voraussetzung für die Lösung der Aufgaben der gemündlichen Selbstverwaltung war. So waren den Gemeinden besondere Steuern überlassen, darüber hinaus aber auch das Zuschlagsrecht zu den Staatssteuern, was ohne daß ein Mißbrauch getrieben zu werden brauche — die finanzielle Unabhängigkeit sicherte.

Das Gleich über den Finanzausgleich hat mit dieser Ordnung der Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen begonnen. Es wurde davon ausgegangen, daß das Reich als Träger der Verpflichtungen aus dem Verfallenen Vertrag auch über die wichtigsten Einnahmequellen verfügen müsse. So wurden die Steuerabgaben in den Besitz des Reiches überführt und die Einkommensteuer zur Reichsteuer erklärt. Das geschah auch die Finanzhoheit von Ländern und Gemeinden, die sich nun in die Rolle von Kostgängern des Reiches gedrängt sahen. Was Ländern und Gemeinden als Ertrag geboten werden ist, trägt alles deutlich den Stempel der Beschränkung. Dies gilt besonders von der Hauszinssteuer, die noch nicht dauernd beibehalten werden kann, und die mit der Beschickung der Wohnungsgewinnungswirtschaft fallen muß. Es liegt eine Gefahr darin, daß vor allem den Gemeinden die höhere und empfindungsabhängige Einkommensteuer, d. h. das Zuschlagsrecht, genommen worden ist. Die Gemeinden sind nicht ein verwaltungsrechtliches Selbstverwaltungsorgan, sondern die organische Zusammensetzung der Bevölkerung; sie haben wichtige öffentliche Aufgaben zu erledigen. Gerade weil das Reich und die Länder mit ihren ganzen Einnahmen für die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Verfallenen Vertrag haften, müssen die Gemeinden mit gewissen finanziellen Sicherungen

ausgestattet sein. Es ist undenkbar, daß die Gemeinden eines Tages im ganzen Reich zu leben aufhören, weil Reich und Länder die ihnen im Finanzausgleich übertragenen Verpflichtungen nicht mehr durchführen können. Die Überzeugung, daß hier ein Wandel eintreten muß, hat sich allgemein durchgesetzt. Auch die Reichsregierung will dem Rechnung tragen, in dem sie das Zuschlagsrecht wieder einführt. Solange das Reich selbst alle und jede Steuerkraft ausschöpft, ist das Zuschlagsrecht allerdings ein Messer ohne Klinge. Es ist auch möglich, ohne die mühsam errungene Reichseinheit auch im Steuerwesen zu zerbrechen, wenn der Aufbau so vorgenommen wird, wie er sich z. B. auf dem Gebiet des Reichswesens bewährt hat. Einheitliche Gesetze durch das Reich aber Aufrechterhaltung der Finanzhoheit der Länder und Gemeinden. Damit die einzelnen Teile weiterleben können, wenn der eine oder andere Teil durch unvorhergesehene Ereignisse finanziell schlaggelagert wird.

Politische Tageschau.

Keine politischen Verhandlungen mit Rußland. Anläßlich der Wiederaufnahme der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen zeigen die russischen diplomatischen Stellen in Berlin lebhaftes Interesse, die Reichsregierung auch zu politischen Verhandlungen anzuregen, die den Zweck haben sollen, einen Meinungs-austausch zwischen Deutschland und Rußland über die Sicherheitsfrage und über die Stellungnahme zum Völkerbund herbeizuführen. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat jedoch die Reichsregierung im gegenwärtigen Stadium der außenpolitischen Lage keinerlei Absichten, auf derartige russische Wünsche einzugehen.

Belgien.

Günstiger Stand der Wiederaufbauarbeiten. Im belgischen Senat wurde bei der Debatte über die wieder zu erlangenden Ausgaben bemerkt, daß der belgische Staat bisher 18 Milliarden Franken für Wiederaufbauzwecke verwendet habe. Der Wiederaufbau sei so gut wie zu Ende geführt. 100 000 Häuser seien bis auf 3500 und 13 000 öffentliche Gebäude bis auf 65 wieder aufgebaut worden. Es seien allerdings noch 350 000 Schadenersatzansprüche zu regeln, die sich aber auf kleinere Beträge beziehen. Außerdem seien 250 Straßen neu aufzubauen und für die Verbesserung der Schienenstränge sei eine Summe von 50 Millionen Franken vorgeschlagen. Alles in allem werde die Beseitigung des Aufbaumaterials noch ungefähr eine Milliarde Franken kosten.

Italien.

Uirekurs und Dase Tscharabuh. Die „Voss. Ztg.“ berichtet aus London: Nachdem der Kurs der Vite an der Londoner und New Yorker Börse etwas weiter gesenkt worden ist, hat sich die italienische Regierung damit einverstanden erklärt, vorläufig die Besprechungen über die Abtretung der Dase Tscharabuh mit Ägypten auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

Schweden.

Bedenken gegen das Genfer Protokoll. Die „Voss. Ztg.“ berichtet aus Stockholm: Die Leiter der schwedischen Armee und Marine wenden sich in einem Gutachten gegen die Unterzeichnung des Genfer Protokolls, das eine Aufgabe der seit mehr als 100 Jahren mit Erfolg betriebenen schwedischen Neutralitätspolitik zur Folge haben werde.

England.

Der Ausbau der Luftstreitkräfte. Der Minister für Luftschiffahrt brachte im Unterhaus die Kostenschätze für die Luftschiffahrt ein. Er erklärte, die Gesamtausgaben von 15 513 000 Pfund Sterling bedeuten einen Nettzuwachs von mehr als einer halben Million gegenüber den Ausgaben für das laufende Finanzjahr. Für diese Mehrausgaben gäbe es hauptsächlich zwei Gründe. Einmal würde jetzt das Programm der Erweiterung für Luftstreitkräfte durchgeführt, dann seien beinahe die Kriegsvorräte aufgebraucht, so daß mehr und mehr zu Neuanschaffungen geschritten werden müßte. Viele der neuen Maschinen stellen sich aber in England wie in Frankreich ungefähr 100 Prozent teurer als die alten Typen. Durch die Entwicklung des Flugwesens sei ferner das Problem der Verteidigung Englands auf eine ganz andere Basis gestellt worden. Bis

Ende März dieses Jahres müssen wenigstens die Hälfte der notwendigen 52 Geschwader gebildet sein.

Aus aller Welt.

* Der falsche Devisenkommislar. Dem Schwindler, der im vorigen Jahre in Dresden und anderen Städten als Devisenkommislar aufgetreten war und sich bei seiner in Dresden erfolgten Festnahme als Robert Klirmer ausgegeben hatte, war es am Weihnachtsabend 1924 gelungen, aus dem Krankenhaus in Stettin zu entweichen. Nach seiner Festnahme hatte er schon damals geäußert, daß er noch etwas Besonderes vor habe, sobald er wieder auf freiem Fuße sei. Es tauchten auch bald in Berlin gefälschte Schecks mit der Unterschrift „Tambornino“ auf, die auf den Wiener Bankverein gezogen waren. Zum Teil wurden sie auch bezahlt. Der Schwindler besaß noch die Dreifaltigkeit, von Wien aus dem Dresdner Kriminalbeamten, der ihn hier behandelt hatte, durch Postkarte zu einem Besuch nach Wien einzuladen. Am 23. Februar überlieferte er ihm sogar von Dresden aus noch Zeitungsausschnitte, mit „freundlichen Grüßen“. Der Dresdner Kriminalbeamte hat nun von der Einlabung Gebrauch gemacht, da es inzwischen gelungen ist, den „Devisenkommislar“ in Bernburg festzunehmen. Offenbar handelt es sich um den am 15. 6. 1921 in Triest geborenen Artisten Guido Tambornino, der bereits in Wien, Paris, Lyon und Triest wegen Betrügereien schwer vorbestraft ist. Auch in Leipzig hat er sich kürzlich als Accreditio-schwindler betätigt und mit gefälschten Briefen operiert.

* Großer Diebstahl in einem Bischoflichen Palais. Die Dresdner Kriminalpolizei meldet: Aus dem Bischoflichen Palais in Frauenburg (Ermland) wurden in der Nacht zum 21. d. M. mittels Einbruchs eine Anzahl sehr wertvolle Sachen gestohlen. Als Täter kommen in Frage Klaus, Bishewski und Fritz Henkis. Während Bishewski bereits festgenommen, ist Henkis noch flüchtig und soll sich nach Berlin gewandt haben.

* Aushebung einer neuen Pappfälscherwerkstatt. Der „Lokalanzeiger“ meldet: Nachdem es der Polizei gelungen war, die Zentral-Pappfälscherwerkstatt der R. P. D. auszuheben, hat die Partei sich sofort bemüht, eine neue Werkstatt gleicher Art einzurichten. Nunmehr ist auch diese, die einen beträchtlichen Umfang annehmen verspricht, der Polizei ebenfalls in die Hände gefallen. Sie war zum Teil noch im Aufbau begriffen und bestand sich wie die erstere gleichfalls in Trep-tow. Auch sie enthält wieder in großen Mengen amtliche Formulare, Urkunden und Kopfbriefbogen einer großen Reihe von Firmen. Mehrere Verhaftungen sind erfolgt.

* Eine entsehlige Liebestragödie hat sich in Berlin-Wilmersdorf zwischen zwei jungen Leuten abgepielt. Ein 18 Jahre altes Hausmädchen, Klara Klemm, hatte die Bekanntschaft eines 18 Jahre alten Kaufmanns-gesellen Wilhelm Klöb gemacht, der sich in das hübsche Mädchen verliebte. Die Klemm wies ihn jedoch ab und zog nach Berlin. Gelegentlich eines Ausfluges der Herrschaft erschien plötzlich Klöb bei der allein zu Hause anwesenden Klemm und erneuerte seine Werbung. Als die Klemm ihn wiederum abwies, zog Klöb eine Pistole und schoß die Klemm in den Kopf. Während das Mädchen bewußtlos zusammenbrach, schoß sich Klöb ebenfalls eine Kugel in den Kopf und brach tot zusammen.

* Unweiter an der französischen Küste. Der Sturm an der französischen Küste und auf dem Ocean hält weiter unverändert stark an. Mehrere Dampfer, die bereits ausgelassen waren, mußten zurückkehren. Der Wind erreichte zeitweise eine Stundengeschwindigkeit von 100 Kilometer. Vor Dieppe scheiterte ein japanischer Dampfer. Ferner sind zahlreiche Fischdampfer untergegangen, deren Besatzungen aber gerettet werden konnten. Bei Tours wurde ein Flieger kurz nach dem Aufstieg vom Wind auf den Boden niedergedrückt. Beide Insassen sind schwer verletzt.

* Schweres Eisenbahnunglück in Ypon. Im Yponer Hauptbahnhof fuhr ein Schnellzug auf einen Personen-zug auf. Drei Personen wurden getötet, 40 verletzt.

Steine am Weg.

Roman aus schwerer Zeit von Hans Kuro. (Nachdruck verboten.)

19. Kapitel.
Ja, Breslau mochte ein aufgeregtes Leben hin und her. Regiments auf Batallionen verlieh unter klingendem Spiel die Stadt, Lachende von Männern kamen und füllten die leeren Kasernen mit frischer Kraft, die hier noch geblüht und gekämpft werden sollte für den großen Weltkrieg. Den Englands Reich und hinterhältige Witskunst über die Welt gebracht.
Die Lage von Kütin, Namur, Roubege, Longwy, Sedan gehörten schon der Geschichte an, Deutschlands Heere standen weit in Feindesland und hielten mit erhobener Faust die schwarz-weiße Fahne, auf der in glühenden Letzern geschrieben stand: „Sieg“.
Und wie der deutsche Militarismus mit selbstbewußter Kraft, zum Reich der Letzern drüben und ihrer mord-lüsteren Verbänden, die Aneinander wie Meispuppen hin und her dirigiert, arbeiteten die deutsche Industrie und der deutsche Handel zum Wohle des Vaterlandes und haben in unwürdiger Kraft ihr Bestes.

War auch Deutschlands Handel mit der Uebersee augenblicklich lahmgelegt, konnten Aus- und Ein- und nicht mehr betrieben werden, so waren die Kaufleute um ihre Zukunft doch nicht bange. Gaben sie doch alles, was sie erzeugten und handelten, eben nur fürs Vaterland, das ist ihr größtes und einziger Abnehmer ward.
Und wenn auch ihre Kassen leerer jeht unter den Waffen standen, wenn auch ihr Zehnen oft empfindliche Lücken hinterließ, so waren die Weitzer und Handelsherren einseitig genug, allen den großen Zielen, die Deutschland bewegten, unterzuordnen und sich mit den wenigen Mitteln und Kräfte zu begnügen, die noch da waren.
Hatten die Feinde geglaubt, durch ihre riesige Mehr-zahl den deutschen Geist einzuschüchtern, so haben sie sich jetzt getäuscht. Bismarcks gewaltiges Werk, heute zeigte es sich in seiner ganzen Größe, machtvoll und trotzig stand es, ein festes Bollwerk, umhüllt von eisernen Wällen,

und bot die bewehrte Stirne ihnen entgegen, schnell und wuchtig fielen die Schläge des Schwertes, das die anderen rasig wühlten.

Nicht mit dem überlauten Röhren eines südlichen Temperaments, nicht mit der kalten Schwerehaftigkeit des Nordens wickeln und kämpfen die Männer, mit gesundem Trohnen, mit natürlichem Selbstbewußtsein und Goltver-trauen verrichteten sie alle ihr Werk, die draußen die blutige Rechnung und die daheim in unermüdlichem Fleiß fried-liche Arbeit.

Da kam die Maschine der staatlichen Vernunft und Weisheit und ordnete alle Verhältnisse für die große Zeit, hielt Ordnung und Zucht und sorgte für das Wohlfest aller.

Franz Berner war in den letzten Wochen kaum zur Besinnung gekommen. Wenn er auch als Kaufmann die politischen Wölken mit einer gewissen Spannung verfolgte und aus den letzten ausländischen Geschäften sich seinen Schluß schon gezogen hatte, kam es ihm doch zu schnell.

Und besonders doch auch in den letzten Tagen war Berner ja durch seine Sorge um Paul etwas vom Geschäft abgelenkt.

Hast sein ganzes Personal war eingezogen, teils freiwillig zu den Wällen geeilt, nur ein paar alte Herren, einige verheiratete, ungediente Landsturmlaute bildeten noch den Stamm seines Geschäftes. An den leeren Plätzen saßen lange Mädchen zur Ausbille.

Und doch war es ja kein Krieg für geschultes Personal, zumal er ja auch noch sparen wollte und der Ansicht war, daß das Geschäft ihm nicht mehr so viel einbringen würde.

Zu fast jeden Tag hatte er Konferenzen mit den staatlichen und kommunalen Behörden, bald allein, bald mit dem Senat und allem zusammen.

Dann wieder kam draußen Militärbeamten wegen Lieferungen für die Feldbahnen oder sonstigen Betriebs-sachen, da mußte er nach Oberstellen, um mit den Beherrschungen zu beraten und sie zu bestimmen, ihre Beträge voll und ganz zu erfüllen.

er konnte sich beim besten Willen nicht mehr um seinen Sohn kümmern, so hart nahm ihn die Arbeit mit. Zum Hause allem kam er wieder in freundnachbarliche Beziehungen; brachten es doch die gemeinschaftlichen Feierungen mit sich, daß die beiden Konkurrenten oft stundenlang zusammenhingen.

Ganz dem Gebot der Zeit entsprechend, hatte auch Berner seinen kindliche Woll gegen Altem begraben und hielt Burgfrieden. In der schweren Zeit blühte er den Verlust seines Produzieren nun sehr deutlich; lastete doch das ganze Geschäft nun auf seinen alten Schultern, und keine beiden arbeitsgewohnten Hände mußten vorgehen, daß sie selbst und nutzlos waren und durch lautes Zittern das Alter vertieten.

Eine flüchtige Besinnung nach Frieden schlich sich in das Herz des alten Mannes, eine Besinnung nach seinem Sohne keimte wieder empor . . . doch der war verschollen . . . wer weiß wo . . .

So sah er, den Kopf in die Hand gestützt, und starrte vor sich ins Leere . . .

Er hörte das Klopfen nicht . . . Eine Hand legte sich auf seine Schultern, und eine Männerstimme sprach leise zu ihm:

„Berner, du träumst!“
Er hob den Kopf, ein schmerzlicher Blick traf Altem!
„Ja, vom Frieden, Altem.“

Der andere zog einen Stuhl heran und setzte sich zu seinem alten Freunde.

„Alter, ich verzeihe dir, verstand dich, als ich dich durch die Gläser da liegen sah.“

„Wo ist Paul?“ kitzelte Berner.
„Wo ist Paul?“ wiederholte der andere leise.
„Bielleicht schon schwer verwundet, vermißt oder tot?“

„Sein Schicksal, Berner, steht in Gottes Hand. Wie der Almähliche es lenkt, so mußst du zufrieden sein. Du hast nichts mehr von ihm gehört?“
„Nein, nicht! Altem, ich verzeihe dir, viel, viel. Was nützt mir all der Pander, die Arbeit; für den ich arbeite und haustete, er ist fort, verschollen!“

(Fortsetzung folgt.)



Wir führen Wissen.



Orts-Verein

Die werten Mitglieder u. ihre Angeh. werden gebeten, der Einladung des Naturheilvereins zur 25 jährigen Gedenkfeier Folge zu leisten u. sich am Sonntag, den 1. März, abends 6 Uhr im Gasthof zum Hirsch zum Kommerz mit Vortrag einzufinden zu wollen.

Der Vorsitzende.

Geblichte Zöpfe

werden wieder nach Probe aufgefärbt

A. Rose, Friseur.

Visiten-Karten

liefert schnell und preiswert

Buchdruckerei
Hermann Rühle

Obst-Bäume

aller Arten und Sorten
Beerenobst, Pfirsiche,
Rosen sowie alle gärtnerische
Pflanzen.

Übernehme alle gärtnerische
Arbeiten. Anlegen von Gärten
Pflanzen der Bäume, Ver-
edeln, Ausschneiden u. s. w.

Graf,
Ottendorf-Okrilla
Bahnhofstraße 50 c.

Gerade für Wollwäsche-



Jumper, Westen, Strickkleider, all die modernen Sachen in ihren mannigfaltigen Arten und Farben, lassen sich hervorragend mit Persil waschen; sie werden prachtvoll im Aussehen und behalten die Form. — Man wäscht Woll Sachen natürlich immer handwarm.

Am Sonntag, den 1. März feiert der
Naturheil-Verein Ottendorf-Okrilla
sein

25 jähriges Bestehen.

Das Fest beginnt punkt 6 Uhr nachmittags im festlich geschmückten Saale des Gasthof z. Hirsch mit einem feierlichen Kommerz wobei von Herrn Direktor Wagner vom Bilsanatorium Radeberg ein Vortrag gehalten wird. Außerdem rollt der herrliche Film

„Allmutter Natur“

Nach Schluß des Kommerzes findet ein **kleiner gemütlicher Ball** statt. Freunde und Gönner unseres Vereines sind höflichst eingeladen.

Der Gesamt-Vorstand.

Preiswerte Reste!

Zu wirklich billigen Preisen wieder eingetroffen:

Musselin-Reste
Etamine-Reste
Wollmusselin-Reste
Perkal-Reste
Möbelcrepe-Reste
Zefir-Reste
Bunte Satin-Reste
Foulard-Reste
Zitz-Reste
Ärmelfutter-Reste
Cöpperfutter-Reste
Blaudruck-Reste

Warenhaus Jkenberg, Radeberg,
Dresdnerstrasse.

Gasthof z. „Schwarzen Roh“

Heute Sonntag von nachmittag 4 Uhr an
öffentl. Ballmusik
Dazu ladet freundlich ein
Wilh. Hanta.

Konfirmation u. Jugendweihe

Anzüge in blau, gute Stoffe und Verarbeitung
von 27 Mk. an

Filzhüte in schwarz und farbig von 4 Mk. an.
Bäckisch-Mäntel in Covercoat o. Tuch v. 11 Mk. an.

Hosenträger, Socken- u. Hermel-Kalter
Angezahlte Waren werden zurückgelegt.

Schneidermstr. St. Wesolek, Königsbrück
„Goldene Eins.“

Man bedarf keinen Bedarf nur beim Fachmann, dann wird man gut bedient.

Zum bevorstehenden Maskenball
empfehle alle Sorten

Herren- und Damen-Perücken sowie Bärte.

Sonderwünsche können bis Donnerstag, den 5. März
berücksichtigt werden.

A. Rose, Friseur.

Meine Wohnung befindet sich
jetzt

Radeburgerstrasse 88 c
II. Stock

Telefon Amt Hermsdorf b. Dresd.
Nr. 65

Sprechstunden ab 1. März:
Werktags ausser Sonnabends
halb 9 bis halb 10 Uhr vorm.,
4 bis 6 Uhr nachmittags.

Dr. med. Goldammer.

Zur Konfirmation

empfehle

Anzüge in blau u. schwarz
in guten Stoffen und besser Verarbeitung
von 27 Mark an.

Jünglings-Anzüge

von 40 Mk. an in allen Farben und Preislagen.

Nicolans Pollack, Schneidermeister.

40 Maurer

stellt noch ein

Joh. Ehrig,

Maurer- und Zimmermeister
Ottendorf-Okrilla.

Zahnersatz

naturgetreues Aussehen und
Branchbarkeit garantiert.
Brücken, festsitzend, in Gold
und Goldersatz,
Behandlung kranker Zähne.

Umarbeitung schlechtsitzender Gebisse in kürzester Zeit. Langjährige erfolgreiche Fachtätigkeit.
Schonendste Behandlung. Mässige Preise.

Dentist Heese,
Ottendorf-Okrilla, Rathenanstrasse 106.
Sprechzeit von 9-6 Uhr.

Kräfte und gesunde Jungtiere



erzielt man nur durch regelmäßige
Beifütterung der weithin einge-
führten u. altbekannten M. Brod-
mann's

„Zwerg-Marke“

Echt nur in gelben Original-
Packungen mit nebenstehender
Schutzmarke — nie losel!

M. Brockmann Chem. Fabr. m. b. H., Leipzig-Eutr.

Zu haben: In Ottendorf-Okrilla bei: Dünger-
handelsaktiengesellschaft zu Dresden; Fröh Jachel,
Kreuz-Drögerie.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig

Karl Woermann Lebenserinnerungen eines Achtzigjährigen

Mit 20 Tafeln nach Gemälden und Zeichnungen
2 Bände in Leinen gebunden 16 Reichsmark

Diese „Lebenserinnerungen“ sind zugleich ein
Spiegelbild des deutschen Kulturlebens der letzten
50 Jahre, in denen der Verfasser mit den führenden
Geistern in Wissenschaft, Kunst und Literatur, aber
auch in Industrie, Handel und Schifffahrt in naher
Berührung gestanden hat.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Im Winter

sollten Sie nicht ausgehen ohne



in der Tasche! Seit 3 Jahren
das vorzüglichste Mittel bei
Husten, Heiserkeit, Katarrh,
Halsentzündung. Der beste
Schutz gegen Erkältungen!
7000 Zeugnisse aus allen
Kreisen beweisen die einzig-
artige Wirkung! Appetitan-
regende, feinschmeckende Bon-
bons. Beutel 30 Pfg., Dosen
80 Pfg. Achten Sie auf die
Schutzmarke! Zu haben bei:
Max Herrich, Ottendorf-
Okrilla.

Garantiert reinen
erhässigen Qualitäts-Bienen-
Honig

(keine minderwertige Aus-
landsware) versendet in Post-
kolli von 1 1/2 Pfd. an
Grossinkerei Ebersbach i. S.
Billigster Preis auf Anfrage.

Bettfeder-Reinigung

hält sich bestens empfohlen.
Bestellungen erbitte vorab

Erhard Hauße

Königsbrück.

Hintere Gasse 4.

Mundharmonikas

empfehlen
in verschiedenen Tonarten
reichster Auswahl u. billigsten
Preisen

Hermann Rühle,
Buchhandlung

Zur Ausführung von
**Grabdenkmälern
Einfassungen
Erneuerungen etc.**
empfehlen sich

Max Thronicke
Lausa am Friedhof.